

Zitierhinweis

Cichon, Matthias E.: Rezension über: Adam Dziurok / Piotr Madajczyk / Sebastian Rosenbaum (eds.), Die deutsche Minderheit in Polen und die kommunistischen Behörden 1945–1989, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2017, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas / jgo.e-reviews, jgo.e-reviews 2019, 4, S. 12-16, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/69f567aa3acb4610ae219aaa94d3822d>



Franz Steiner Verlag

IM AUFTRAG DES
Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung

copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

wieder. Der Überblick über das Leben Barbaras lässt diese als selbstbewusste Frau und begabte Herrscherin, in ihrem Witwenstand mit deutlich nonkonformistischen Neigungen erscheinen.

Nachdrücklich sei auf die Buchbesprechung des hier rezensierten Buches von Harald Krahwinkler hingewiesen (in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 126 [2018], S. 402–404), die auch online zugänglich ist: DOI: 10.15463/rec.586287870 [letzter Zugriff: 20.10.2020]). Krahwinkler führt darin eine Reihe kleinerer Corrigenda, Druck- und Übersetzungsfehler, Verschreibungen und Inkonsistenzen im Gebrauch der Personen- und Ortsnamen an, die bei der angekündigten Ausgabe in slowenischer Sprache natürlich vermieden werden sollten.

FRANZ MACHILEK

Erlangen

Die deutsche Minderheit in Polen und die kommunistischen Behörden 1945–1989

Hrsg. von Adam Dziurok, Piotr Madajczyk und Sebastian Rosenbaum.
Paderborn: Schöningh, 2017. 380 S., 2 Tab. ISBN: 978-3-506-78717-0.

Als der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban im Frühjahr 1988 nach der Existenz einer deutschen Minderheit in Polen gefragt wurde, antwortete er lapidar: „Wenn einige Polen deutsche oder volksdeutsche Vorfahren suchen, so hat dies rein materielle Motive.“ (Vgl. Thomas Urban: *Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit*. 4. Aufl. München 2000, S. 101.) Damit gab er jene Linie wieder, welche die Regierenden in Warschau jahrzehntelang vertreten hatten. Ihr zufolge gab es seit der Flucht und „Aussiedlung“ 1945 und den Familienzusammenführungen in den späten 1950er Jahren fast keine Deutschen mehr auf polnischem Territorium. Es durfte sie nicht geben, denn alles andere hätte dem Narrativ des ethnisch homogenen Nationalstaates und des „urpolnischen“ Charakters seiner Westgebiete widersprochen. Als lebender Beweis für Letzteren galten die Hunderttausende in Polen verbliebener Oberschlesier, Masuren und Ermländer. Dass sich von diesen viele nicht als „autochthone Polen“, sondern als Deutsche fühlten, wollte man offiziell nicht zur Kenntnis nehmen. Und so fand sich für die wachsende Zahl an Ausreiseanträgen und Registrierungsversuchen für deutsche Vereine eine einfache Erklärung: ökonomischer Opportunismus.

Derart tabuisiert war eine differenzierte wissenschaftliche Beschäftigung mit der deutschen Minderheit in Polen eben da für lange Zeit unmöglich. Erst im Zuge der politischen Wende von 1989/90 änderte sich dies grundlegend. Eine Flut an

soziologischen, politologischen und geschichtswissenschaftlichen Studien setzte ein – die deutsche Minderheit entwickelte sich zu einem Modethema. Obwohl das Ende der Volksrepublik inzwischen drei Jahrzehnte zurückliegt, hält das Interesse an der Geschichte der Deutschen im kommunistischen Polen bis heute an. Anders als im Falle der deutschen Minderheit der Zwischenkriegszeit, die Untersuchungsgegenstand zahlreicher Studien aus dem deutschsprachigen und angelsächsischen Raum ist, handelt es sich hierbei indes um eine Domäne polnischer Wissenschaftler. Davon zeugt auch der vorliegende Sammelband.

Hervorgegangen ist das Sammelwerk aus der im November 2013 in Gliwicz (Gliwice) abgehaltenen Konferenz „Die [Haltung der] kommunistischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen in den Jahren 1945–1990“. Erstmals in deutscher Sprache ist der Band als Publikation des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit erschienen (Adam Dziurok / Piotr Madajczyk / Sebastian Rosenbaum [Hrsg.]: *Die Haltung der kommunistischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen in den Jahren 1945 bis 1989*. Gliwice 2015). Im Jahr darauf folgte die Drucklegung der polnischen Ausgabe, die das Instytut Pamięci Narodowej in Warschau besorgte (Adam Dziurok / Piotr Madajczyk / Sebastian Rosenbaum [Hrsg.]: *Władze komunistyczne wobec ludności niemieckiej w Polsce w latach 1945–1989*. Warszawa 2016). Der Ferdinand Schöningh Verlag hat nun eine Fassung für den hiesigen Lesermarkt veröffentlicht. Anders als der leicht abgewandelte Titel suggeriert, geht es in den versammelten Aufsätzen aber nicht ausschließlich um die deutsche Minderheit. Auf diesen Umstand weist bereits der Herausgeber Piotr Madajczyk in seiner Einführung hin (S. 15). So beschäftigen sich etwa die Beiträge von ŁUKASZ JASIŃSKI (Danzig) und JOANNA LUBECKA (Krakau) mit Gerichtsprozessen gegen deutsche Kriegsverbrecher. Diese besaßen zum überwiegenden Teil aber keine familiären Bindungen zum polnischen Staatsgebiet der Vor- bzw. Nachkriegszeit. Im Grunde ist für diese Personengruppe die Bezeichnung „deutsche Bevölkerung“ damit unangebracht, weshalb der Titel ein Stück weit in die Irre führt.

Gegliedert sind die 28 Aufsätze des Bandes in acht Themenblöcke. Diese widmen sich unter anderem der Wahrnehmung der Deutschen in Polen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, den Repressionsmechanismen des kommunistischen Sicherheitsapparates sowie der Rolle, die die deutsche Minderheit in den deutsch-polnischen Beziehungen spielte, wobei in diesem Zusammenhang der Blick sowohl auf die BRD als auch die DDR gerichtet wird. Inhaltlich steht in den Beiträgen des Sammelbandes die Beschäftigung mit den „Autochthonen“ im Vordergrund. Gleichwohl behandeln einige Aufsätze auch die „anerkannten Deutschen“, etwa in Niederschlesien. Gewinnbringend liest sich Piotr Madajczyks Skizzierung des bisherigen Forschungsstandes (S. 9–29), den er umfassend, prononciert und kritisch beleuchtet. So konstatiert er etwa bei der überwiegenden Zahl der in der Nachwendezeit erschienen Darstellungen einen Abrechnungscharakter mit der sozialistischen Vergangenheit. Zugleich weist der Autor, der mit *Niemcy polscy 1944–1989* (Warszawa 2001) bereits vor eineinhalb Jahrzehnten ein

Maßstäbe setzendes Werk vorgelegt hat, auf das Manko vieler heutiger Forschungsarbeiten hin. Oftmals würden diese nicht nur nicht auf den vorhandenen Arbeiten aufbauen, sondern vielmehr hinter deren Kenntnisstand zurückfallen. Das Resultat seien mitunter bloße „Wiederholungen oder blasse Kopien der Forschungen aus den 1990er Jahren“ (S. 14).

Dass die polnische Nationalitätenpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit von manchen Unsicherheiten und Inkohärenzen geprägt war, haben anhand der „Autochthonen“ bereits zahlreiche Studien dargelegt. KATARZYNA FRIEDLA (Basel/Jerusalem) richtet ihr Augenmerk jedoch auf einen bisher weithin ausgeblendeten weiteren Aspekt der Frage, wer als deutsch und wer als polnisch gelten konnte. Friedla untersucht den Umgang mit den nach Kriegsende nach Breslau (Wrocław) heimkehrenden deutschen Juden. Über 23 000 Juden hatten vor der Shoa in der Oderstadt gelebt. Rund 1 800 Überlebende kehrten nach Ende der Kampfhandlungen in die nunmehr polnische Großstadt zurück. Sprachlich und gesellschaftlich in der deutschen Kultur verankert, gleichzeitig aber zu den Verfolgten des NS-Regimes zählend, befanden sie sich rechtlich in einer Grauzone (S. 58). In der Praxis zeigte sich jedoch bald, dass sie sowohl von den sowjetischen Truppen wie den neuen polnischen Bewohnern mehrheitlich als Deutsche, d. h. als Angehörige des „Tätervolkes“ betrachtet und als solche behandelt wurden. Auch das Verhältnis zu den zuströmenden polnischen Juden blieb, trotz eines ähnlichen Schicksals, von gegenseitigem Misstrauen gekennzeichnet. Letztlich führte dies dazu, dass die meisten deutschen Juden die Oderstadt im Verlauf der Jahre 1945/1946 gen Westen verließen. Erst 1947 begann sich die Einstellung der Behörden zu wandeln. Zu diesem Zeitpunkt lebten allerdings lediglich noch 30 deutsche Juden in der Stadt.

Mit den Arbeitslagern für Deutsche und Polen, die in den Jahren 1945 bis 1954 durch das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MBP) betrieben wurden, beschäftigt sich BOGUSŁAW KOPKA (Warschau). Insgesamt handelte es sich um ein System von über 200 Lagern, in denen rund 300 000 Personen inhaftiert waren – die meisten ohne Gerichtsurteil. Kopka legt dar, dass die mangelhaften hygienischen Verhältnisse und eine unzureichende Lebensmittelversorgung zum Tod zahlreicher Insassen führten. In einigen Lagern wie dem westoberschlesischen Lamsdorf (Łambinowice) sei die Zahl der Todesfälle besonders hoch gewesen. Insgesamt geht er von 30 000 Todesopfern aus; höhere deutsche Schätzungen weist er mangels entsprechender Quellen zurück. Zudem habe man in den polnischen Nachkriegslagern – anders als in vielen deutschen Lagern während des Krieges – keine systematische Vernichtungsabsicht verfolgt. Soweit ist Kopkas Argumentation schlüssig. Andere Aussagen des Autors regen dagegen zum Widerspruch an. So zitiert er zur Verdeutlichung der Unterschiede zwischen deutschen und polnischen Lagern eine Buchbesprechung, in der es heißt: „Die polnischen Arbeitslager waren keine Vernichtungslager, man bemühte sich jedoch, dass die Häftlinge ihre Strafe spürten.“ (S. 80). So korrekt die erste Satzhälfte ist, so kryptisch und vage wirkt die zweite, denn eine „Strafe“ – der Terminus impliziert ein vorangegangenes,

persönliches, rechtswidriges Verhalten – verbüßten die meisten Insassen, darunter auch Kinder, gerade nicht. So wurde ihnen mehrheitlich weder der Prozess gemacht, geschweige denn ein Fehlverhalten nachgewiesen. Hätte stattdessen nicht ein kurzer Hinweis genügt, dass die polnischen Arbeitslager keine Vernichtungslager waren, man den Tod zahlreicher Insassen aber billigend in Kauf nahm? Fadenscheinig wirkt zudem der Versuch, die Arbeitslager zu „entnationalisieren“ und allein mit dem Etikett „kommunistisch“ zu versehen (S. 86). Begründet wird dies mit der mangelnden Legitimität des politischen Systems der Volksrepublik. Schließlich sei dieses von außen aufoktroiert worden. Hier artikuliert sich eine auch im akademischen Milieu an Einfluss gewinnende dualistische Lesart, die zwischen „der Nation“ einerseits und „den Kommunisten“ andererseits unterscheidet. Eine differenzierte Bewertung lässt dieses Schwarz-Weiß-Denken nicht zu, und so ist das Etikett „polnisch“ anderen Episoden der jüngeren Geschichte vorbehalten.

Auf die Maßnahmen des Sicherheitsapparates gegenüber prodeutschen Einstellungen im Oppelner Schlesien geht ZBIGNIEW BERESZYŃSKI (Oppeln) ein. Im Mittelpunkt der Studie steht der Zeitraum bis zum Ende der 1950er Jahre, es finden jedoch auch die für die Formierung der Minderheit wichtigen 1980er Jahre Berücksichtigung. In diesen versuchten die polnischen Behörden durch die Vergabe von Ausreisegenehmigungen und die Werbung von Informanten, den Aufbau von Minderheitenorganisationen zu verhindern. Denn anders als in den offiziellen Stellungnahmen verlautbart, registrierten die Behörden sehr wohl prodeutsche Haltungen bei den „Autochthonen“ Westoberschlesiens. Indikatoren hierfür konnten die Vergabe deutscher Vornamen, der Gebrauch des Deutschen, aber auch das Hören ausländischer Radiosender sein. Solche Verhaltensweisen zeichnete der Sicherheitsapparat minutiös auf. Bereszyński warnt jedoch vor allzu großer Aktengläubigkeit (S. 243). Vielfach seien die in den Berichten zu findenden Angaben unglaubwürdig und übertrieben. Dies gelte vor allem für die vermeintliche Existenz von Untergrundorganisationen in der Nachkriegszeit.

Im Unterschied zur polnischen Version des Sammelbandes verzichtet die hier besprochene deutsche Fassung auf eine die einzelnen Beiträge abrundende Bibliographie. Dies ist bedauerlich, da dies dem Leser eine schnelle Orientierung über vorhandene Forschungsliteratur und Archivbestände erschwert. Hier gestaltet sich die Lektüre der polnischen Fassung als wesentlich angenehmer – auch aufgrund des Layouts. Was die Verwendung von Ortsnamen anbelangt, so haben sich die Übersetzer auf die Verwendung der polnischen bzw. heute landessprachlichen Variante verständigt. Der deutsche Ortsname wird allerdings bei der Erstnennung in Klammern angeführt. Dagegen lässt sich per se nichts einwenden, einen Königsweg gibt es in dieser Frage schließlich nicht. Zumal mitunter sowohl die konsequente Verwendung deutscher wie polnischer Namen hölzern und angestrengt wirkt. Wer allerdings Wrocław statt Breslau und Warszawa statt Warschau schreibt, sollte auch L'viv resp. Lwów anstelle von Lemberg (S. 46) verwenden.

Dem selbstgestellten Ziel, den bisherigen Forschungsstand abzubilden und einen Überblick über die heutige Forschung zu liefern, entspricht der vorliegende Band in vollem Maße. Dazu haben neben den Aufsätzen zahlreicher renommierter Wissenschaftler auch jene Artikel beigetragen, die aus der Feder der jüngeren Historikergeneration stammen. Mehrheitlich kondensieren, präzisieren oder ergänzen sie bestehende Untersuchungen. Andere wiederum betreten gänzlich Neuland. Dies gilt z. B. für die Untersuchung von CLAUDIA SCHNEIDER (Halle/Wittenberg) zur Übersiedlung von Deutschstämmigen in die DDR. Dass sich bei einer derartigen Fülle an Beiträgen auch manch diskussionswürdige Formulierung oder These findet, bleibt freilich nicht aus. Insgesamt beleuchtet der Sammelband die facettenreiche Geschichte des Verhältnisses zwischen den Deutschen im kommunistischen Polen und den staatlichen Behörden. Als Ausgangspunkt für künftige Forschungsarbeiten dürfte er unerlässlich sein.

MATTHIAS E. CICHON

Münster

Barbara Alpern Engel / Janet Martin

Russia in World History

Oxford, New York: Oxford University Press, 2015. XIV, 156 S. = The New Oxford World History. ISBN: 978-0-19-994789-8.

Die Herausgeber der Reihe *The New Oxford World History* formulieren einleitend den Anspruch, Weltgeschichte in neuer und innovativer Art und Weise zu präsentieren: Ziel sei eine alle Länder und Regionen umfassende Darstellung und Analyse wichtiger menschlicher Erfahrungen. Es gelte den sozioökonomischen, politischen und kulturellen Wechselbeziehungen in ihrer Interdependenz von lokaler und globaler Dimension ebenso Rechnung zu tragen wie den Empfindungen und Wahrnehmungen einfacher Menschen dieser komplexen Prozesse (S. VII f.).

Kann ein solch ambitioniertes Programm eingelöst werden? Wenn Friedrich II. von Preußen mahnte, „wer alles defendieren will, defendieret gar nichts“, dann ließe sich eine Darstellung, die sich das Ziel setzt, über 1000 Jahre russländischer Geschichte von der Kiever Rus' bis zur Übergabe des Präsidentenamts an Vladimir V. Putin in weltgeschichtlicher Dimension auf nicht einmal 130 Seiten Text zu präsentieren, als unmögliches Unterfangen abtun. Die vorliegende Publikation entspricht jedenfalls nicht annähernd dem programmatischen Anspruch. Diese vermeintliche *tour d'horizon* ist für den Leser eine einzige *tour de force*, eine Aufzählung von Personen – in der Regel